

Weshalb eine Bewegung für den Sozialismus ?

Aktivistinnen und Aktivisten aus den drei Sprachregionen der Schweiz haben sich dafür entschieden, eine *Bewegung für den Sozialismus* (BFS) zu gründen. Diese Broschüre stellt die Hintergründe und die Ziele dieses Projekts vor. Ihr Text wurde im Hinblick auf die Pressekonferenz vom 12. März 2002 verfasst, an der die Gründung der BFS angekündigt wurde. Interessierte sind herzlich dazu eingeladen, mit den Aktivistinnen und Aktivisten der BFS Kontakt aufzunehmen.

BFS

BFS, Basel / Zürich, im August 2002

1. Die Schweiz AG

Hinter einer Fassade von Kollegialität und Konkordanz betreiben die Schweiz AG und ihre Eigentümer – UBS, Credit Suisse Group, Holcim (von Thomas Schmidheiny), Roche und Novartis, Amag (von Autoimporteur Walter Haefner) oder BZ-Bank (von Ebner, Blocher und dem ehemaligen Sozialdemokraten K. Schildknecht) – eine neokonservative (und neoliberal genannte) Politik von ausserordentlicher sozialer Brutalität gegenüber der grossen Mehrheit der Bevölkerung.

Ihre Befehle werden in der Regel von einem treu ergebenden Bundesrat ausgeführt. Die tatsächliche Macht dieses Gremiums wurde in Zusammenhang mit dem Swissair-Debakel deutlich: Der Bundesrat ist handlungsunfähig, solange er von der herrschenden Elite kein grünes Licht erhält. Sie bestimmt die Spielregeln... ohne sich um eine weitgehend manipulierbare und tatsächlich manipulierte direkte Demokratie zu kümmern.

Diese Schweiz AG strotzt nur so vor Ungleichheit. Im Jahr 1999 haben 0.31 % der SteuerzahlerInnen ein Vermögen von insgesamt 177 Milliarden Franken deklariert (man stelle sich die Realität hinter diesen Steuererklärungen vor!), während 59.36 % der (weniger begüterten) SteuerzahlerInnen auf 17 Milliarden kommen. Diese Zahlen spiegeln nicht nur die Ungleichheit der Einkommensverteilung: Mehr noch sind sie Ausdruck eines qualitativ ungleichen Einflusses auf die grundlegenden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entscheide, die bedeutende Auswirkungen auf das Leben der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung haben. Die Ungleichheiten sind im Bereich des Vermögens – d.h. der Fähigkeit, dem scheinbar freien Markt seine eigenen Optionen aufzuzwingen – enorm, existieren aber auch bei den Löhnen. So verfügen 40.1 % der Lohnabhängigen über einen Nettolohn von 4'000 Franken pro Monat oder weniger. 68 % der lohnabhängigen Frauen befinden sich in dieser Situation... was ein sichtbares Element einer Diskriminierung darstellt, die weiter besteht.

Die Lohnsenkungen, die schmerzhaft Erfahrung der Arbeitslosigkeit, die brutalen Entlassungen (im Stile von Swissair und unter Führung ihrer ehrwürdigen Versammlung arroganter Wirtschaftsbosse, die sich als einzige legitime Verwalter der Zukunft dieser Schweiz AG betrachten) und die zunehmend prekäre Beschäftigung haben erstmals dazu geführt, dass eine Mehrheit der Bevölkerung gesetzliche Mindestlöhne befürwortet, nämlich 79 % der befragten Personen (*Credit Suisse Bulletin*, 06/2001).

- Im Alltag fordern die Anstrengungen zur „Verteidigung“ des Standorts Schweiz – d.h. die Anstrengungen, damit die ganz kleine Minderheit der Besitzer von strategischem Eigentum die *Shareholder value* der börsenkotierten Unternehmen sprudeln lassen und eine optimale Rentabilität ihrer Investitionen sicherstellen kann – einen sehr hohen Preis.

Endlich gibt es Studien, welche diese Tatsache belegen. So haben bei einer grossen Umfrage 26.6 % der befragten Personen angegeben, oft oder sehr oft unter Stress zu leiden. 56 % fühlen sich zeitweise gestresst. Der wichtigste Grund für den Stress ist das Erwerbsleben (58.1 %), weiter werden die Schwierigkeiten, Arbeits- und Privatleben unter einen Hut zu bringen, genannt (36.4 %). Ausserdem sind 40 % der

befragten Personen der Meinung, dass sie oft oder sehr oft hektisch arbeiten müssen. 41 % arbeiten manchmal hektisch.¹

Während von der Rechten bis zur Pseudo-Linken Einigkeit über die Gesundheitskosten herrscht, die durch ein System von Kopfprämien mittelalterlicher Prägung finanziert werden, schweigen sich die gleichen Kreise über den Hauptgrund für die Verschlechterung der psychischen und physischen Gesundheit aus: die Arbeitsverhältnisse.²

- Schlussfolgerung: Die Schweiz AG ist eine Gesellschaft, welche die Züge ihrer verstorbenen Fluggesellschaft Swissair trägt: Verachtung gegenüber den Lohnabhängigen, ausserordentlich ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen, eine tatsächliche Machtballung, die keiner wirksamen Kontrolle untersteht. So sieht die Realität aus.

Sie wird von einem irreführenden Diskurs zum Thema: „Wir sitzen allen im selben Boot!“ verdeckt. In Wirklichkeit bringen die Kapitäne eine Mehrheit der Passagiere in Kabinen unter, die immer unwohnlicher sind. Manchmal werfen sie sogar Frauen und Männer über Bord (brutale oder abgefederte Entlassungen bei der Post, bei Swissair, in der Maschinenindustrie, der chemischen Industrie, bei den Banken und Versicherungen). Hingegen lassen die Kapitäne ihre eigene Unterkunft, die für sie allein auf dem sonnigen Oberdeck reserviert ist, mehr oder weniger unbemerkt aufpolieren.

Immer mehr Lohnabhängige haben das Gefühl, dass die Sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaftsapparate ihnen „nichts bringen“, oder genauer gesagt: dass sie nur dazu dienen, den Kapitänen der Schweiz AG, die auf dem Oberdeck ihre Zukunft (nicht jene der Lohnabhängigen) betrachten und planen, frische Getränke zu bringen. Die Lohnabhängigen sollen gehorsam bleiben und die „Ordnung der Schweiz AG“ respektieren, so wie es die sozialdemokratischen Bundesräte in der Regierung tun. Die VerantwortungsträgerInnen des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB) verhalten sich gegenüber den Unternehmern nicht anders: Sie akzeptieren es, ihnen unterworfen zu sein und sind dankbar für die Höflichkeitsfloskeln, mit denen die Bosse sie abspeisen.

Diese Gesellschaft funktioniert nach den von der Schweiz AG diktierten „Regeln“, welche von der Pseudo-Linken übernommen werden: dies führt zu Fragen, welche die Lohnabhängigen in Gesprächen mit AktivistInnen der Gewerkschaften, der Bewegung gegen die kapitalistische Globalisierung oder der Bewegung gegen den imperialistischen Krieg immer öfter äussern: Wozu dient diese offizielle Linke, wozu dient die Gewerkschaftsführung? Mit solchen Fragen gehen oft erste Elemente einer Antwort einher: Es sollte „etwas unternommen werden“, etwas, das wirklich links, sozialistisch, kämpferisch ist. Es sollte Klartext gesprochen und mit der unterwürfigen Höflichkeit gebrochen werden, die den ergebenen Dienern eigen ist, welche dafür belohnt werden, dass sie das Haus des Herrn vor den „Ansprüchen“ seiner Angestellten (der „lieben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter“) beschützen.

Solche Fragen und erste Elemente einer Antwort sind angesichts der Untätigkeit der offiziellen Linken anlässlich des Referendums gegen das Arbeitsgesetz 1998

¹ D. Ramaciotti, J. Perriard, *Les coûts du stress en Suisse*, 2000.

² Siehe dazu: Elisabeth Conne-Perréard, Marie-Josée Glardon, Jean Parrat, Massimo Usel, *Effets de conditions de travail défavorables sur la santé des travailleurs et leurs conséquences économiques*, 2002; E. Gubéran, M. Usel, *Mortalité prématurée et invalidité selon la profession et la classe sociale à Genève*, März 2000.

aufgetaucht; desgleichen nach den lautstarken Protesten der Gewerkschaftsführungen gegen die Revision der Arbeitslosenversicherung, auf die überhaupt keine Aktion folgte, und auf Grund der Abwesenheit der Gewerkschaften in der Bewegung der Papierlosen und ihres Schweigens gegenüber der Repression. Es könnten viele weitere Beispiele genannt werden, die die *NZZ* genüsslich ausbreitet.

2. Am Abstimmungswochenende vom 2./3. März sind die Hüllen gefallen.

Die eidgenössische Abstimmung vom 3. März 2002 hat ein ergreifendes Bild davon geliefert, wo und in welchem Zustand sich heute die helvetische Pseudo-Linke befindet.

- Einerseits hat die Pseudo-Linke ihre Initiative mit dem täuschenden Titel „für eine kürzere Arbeitszeit“ bewusst in ein Debakel geführt. Nun war diese Initiative das Kernstück des 1998 unter der Führung der SGB-Kopräsidiiums von Christiane Brunner und Vasco Pedrina lancierten Initiativen-Bouquets. Das Bouquet sollte zu Beginn eines neuen Jahrtausends das Projekt des SGB (und der SPS) für eine „sozialere Schweiz“ verkörpern.

Der SGB hatte schon für die Unterschriftensammlung StudentInnen bezahlen müssen. An dieser Stelle leuchtete der Alarmknopf bereits auf. Ausserdem scheinen die Verantwortlichen des SGB die Tatsache zu ignorieren, dass die Lohnabhängigen aus ihrer praktischen und täglichen Erfahrung sehr wohl wissen, dass es besser ist, 40 Stunden mit festen Arbeitszeiten zu arbeiten als 36 oder 37 Stunden mit flexibler Arbeitszeit. Denn eine Erhöhung der Arbeitsintensität ist garantiert und die Flexibilität erschwert die Organisation des Alltags.

Das Resultat der Abstimmung war mehr als voraussehbar. Die Lohnabhängigen sind sich bewusst, dass die Gewerkschaften – mit wenigen Ausnahmen – in den Betrieben nicht präsent sind und dass die Gestaltung der Arbeitszeit nicht wirklich mit den Unternehmern diskutiert werden kann. Denn dafür bräuchte es Rechte innerhalb der Betriebe und Büros sowie eine aktive Gewerkschaft.

- Andererseits haben sich die selben Wortführer der helvetischen Pseudo-Linken – allen voran Christiane Brunner, inzwischen Präsidentin der SPS – ohne Ausscheren den Unternehmerverbänden und dem bürgerlichen Establishment der Freisinnigen Partei und der Christlich-Demokratische Volkspartei angeschlossen und den Beitritt der Schweiz zur UNO als „historischen Schritt“ gefeiert. Darüber, was die Grossmächte (in erster Linie die USA) tun und wie sie dabei die UNO benutzen, wenn es ihren Interessen dient, herrscht das grosse Schweigen. Auch über die Rolle der Unterorganisationen der UNO, die mehr und mehr zur Tarnung der neoliberalen Politik des IWF dienen, war nichts zu vernehmen. Wir sind weit entfernt vom „harmonischen Zusammensein der Nationen“, wenn Bush heute „demokratisch“ entscheidet, welche Länder zur „Achse des Bösen“ gehören und welchen Bevölkerungen die Ehre zukommt, bombardiert zu werden.

Zudem wurde der imperialistische Charakter der Schweiz – mit ihrem Banken- und Versicherungssystem und ihren transnationalen Gesellschaften – ebenfalls verschwiegen.

Im besten Fall herrscht eine Doppelmoral: In Porto Alegre spricht Franco Cavalli (damals Chef der SPS-Fraktion im eidgenössischen Parlament) im Brustton der Überzeugung von der „Solidarität mit den kämpfenden Völkern im Süden“. In der Schweiz tun die SPS und der SGB jedoch bei jeder konkreten Gelegenheit das Gegenteil.

Es ziemt sich halt nicht, die Schweiz AG und ihre Herren zu verärgern. Doch die Schweiz AG verfolgt bereits eine sehr konkrete Aussenpolitik, zum Beispiel innerhalb des IWF. Sie hat sich zum Beispiel so lange wie möglich dafür eingesetzt, dass die Kredite des IWF für den Diktator Suharto nicht gekappt werden. Heute unterstützen ihre VertreterInnen im IWF die Privatisierungspolitik, die Indonesien und seine verzweifelte Bevölkerung überrollt. Dasselbe gilt für Argentinien.

- Die Lehren des 3. März für die Pseudo-Linke lassen sich also folgendermassen zusammenfassen: Die „sozialere Schweiz“ des „Bouquets“ ist *out*. Die Vorstellungen der Stiftung „Zukunft Schweiz“ sind *in*. Dieser neue „Think tank“ der helvetischen Grossunternehmer hat in Sachen UNO-Beitritt die Werbetrommel gerührt und diesen als Stärkung einer liberalen und „solidarischen“ Schweiz dargestellt. Womit und mit wem ist die Schweiz der „Weissbücher“, immer an der Spitze der neokonservativen Gegenreformen, denn solidarisch? Mit der neuen imperialistischen Ordnung, die unter der Fuchtel der USA und unter Mithilfe der UNO, der WTO, der Weltbank und des IWF errichtet wird.

3. Vertrauensbruch à la Swiss und (soziale) Modernität!

Vor sechs Monaten, nach dem „Grounding“ der Swissair-Flugzeuge, waren die Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei die treuesten Verbündeten des Bundesrates und der UBS in der erfolgreichen Umsetzung der Operation „Phoenix plus“, des grössten sozialen Skandals der letzten zehn Jahre. Die Gewerkschaften – allen voran der VPOD – haben offenkundig jeglichen kollektiven Protest der Lohnabhängigen der Fluggesellschaft sabotiert. Sie haben alles getan, um einen Streik zur Durchsetzung der grundlegenden, im Obligationenrecht festgeschriebenen Rechte zu verhindern.

- Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SPS) hat das Projekt des Bundesrates aktiv verteidigt. Dessen Inhalt lässt sich wie folgt zusammenfassen: Der auf die Missachtung der Rechte der Lohnabhängigen gestützte Aufbau einer privaten Fluggesellschaft – welche in heuchlerischer Manier die Identifikation mit der Swissair ausnützt – wird à fonds perdu durch die steuerzahlenden Lohnabhängigen finanziert, nur damit diese Gesellschaft in einem zweiten Schritt zu einem vorteilhaften Preis an eine kontinentale Allianz verkauft werden kann. Dass eine private Fluggesellschaft aufgebaut wird, ist das eine und spiegelt die „Risikobereitschaft“, welche die Ajatollahs des Marktes in den höchsten Tönen loben. Dass die SteuerzahlerInnen aber die privaten und gewagten Operationen der Wirtschaftsbosse berappen müssen, gehört in den Bereich des Betrugs und des Vertrauensbruchs.

Der Enthusiasmus in der SP spiegelt das an der Spitze dieser Partei immer stärker wahrgenommene Gefühl, wonach das Ideal der Modernität daraus besteht, dem Kapital zu dienen. So entwickelt sich eine aus zweitklassigen Managern bestehende Sozialdemokratie, die sich in dieser Form an der Verteidigung des Kapitals, nicht der

Arbeit, beteiligt. Solche Leute sorgen sich mehr um ihr Image und ihre Wahlergebnisse als um das konkrete Leben der Lohnabhängigen, der Jugendlichen und der RentnerInnen. Das hat der grobschlächtige Rechtspopulist Blocher sehr wohl verstanden.

- Ein kurzer Rundblick genügt, um zu erkennen: die Sozialdemokraten Benedikt Weibel und Daniel Nordmann (ehemaliger Gewerkschafter) verwalten die SBB wie ein privates Unternehmen und setzen das Personal unter Druck; der Sozialdemokrat Ulrich Gygi restrukturiert die Post von Grund auf, zerstört das Poststellennetz, tritt die Rechte der BenutzerInnen mit Füßen und bereitet die Privatisierung vor; der Sozialdemokrat Peter Hablützel zeichnet für die Beerdigung des Beamtenstatus und seine Ersetzung durch das BPG (Bundespersonalgesetz) verantwortlich; der Sozialdemokrat Moritz Leuenberger hat die Oberleitung über diesen epochalen Rückschritt des Service public in der Schweiz; und unter der Führung von Ruth Dreifuss werden im Namen des kleineren Übels immer mehr Rückschritte in Sachen Altersvorsorge und Krankenkassen abgesegnet.

4. Das Ende einer historischen Phase der „ArbeiterInnenbewegung“: Die SP ist eine sozial-liberale Kraft und der SGB ein kraftloser Apparat

Wer die Lage der so genannten „ArbeiterInnenbewegung“ ernsthaft analysieren will, kann nicht über ihre tief greifende und in mehrfacher Hinsicht unüberwindbare Krise hinweg sehen.

Unter dem Begriff „ArbeiterInnenbewegung“ verstehen wir jene politischen Organisationen, Gewerkschaften und Vereine, die historisch gesehen folgende zwei Ziele hatten:

1. Die Verteidigung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Lohnabhängigen, das heisst jener Menschen, welche die gesellschaftliche Mehrheit der Bevölkerung darstellen und nur durch den Verkauf ihrer eigenen manuellen und intellektuellen Arbeitskraft ihren Lebensunterhalt sichern können.
2. Die Perspektive einer Befreiungsbewegung der Lohnabhängigen und der Gesellschaft in Richtung eines anderen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Systems als der Kapitalismus, in dem die Entscheide der Gesellschaft in wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Hinsicht von der konkreten Arbeit ausgehen und auf einer höheren Ebene entsprechende Formen annehmen (von Region über Land zu Kontinent).

Im Hinblick auf diese beiden Ziele wird die Herausforderung deutlich, der sich SozialistInnen heute stellen müssen: Es geht darum, sich an einer erneuerten Entwicklung und Erfindung einer tatsächlichen sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Demokratie für das beginnende Jahrhundert zu beteiligen, die ein Ende der Enteignung der Bevölkerungsmehrheit bedingt.

Dazu ist eine neue Form der Vergesellschaftung der wesentlichen materiellen, intellektuellen und technischen Ressourcen erforderlich. Eine solche Perspektive erscheint uns realistischer und vernünftiger als die unkontrollierte Delegation dieser „Verantwortlichkeiten“ – mit dem Scheinargument der Komplexität – an private Unternehmen und ihre VertreterInnen, die unter dem Zwang des grösstmöglichen

privatisierten Profits ökologische und soziale Katastrophen im Stile von Swissair, Enron oder AZT in Toulouse (F) organisieren – nicht zu sprechen von der Atomindustrie, der Tierfutterproduktion oder den GVOs...

- Der Antrieb der im 19. Jh. entstandenen ArbeiterInnenbewegung ist seit langem gebrochen, weil als Sozialismus präsentiert wurde, was nichts damit zu tun hat: Entweder ein „Glück“, dass dem „unteren“ Volk durch die Beteiligung an einer Regierung geschenkt wird (dies die Entwicklung der Sozialdemokratie seit dem Zweiten Weltkrieg); oder eine Gesellschaft, die von einer bürokratischen und unterdrückerischen Kaste kontrolliert wird, welche „gleichberechtigt“ Brosamen an Menschen verteilt, die zur Zusammensetzung der Malzeit, d.h. zur Funktionsweise der Gesellschaft in allen ihren Ausprägungen, nichts zu sagen haben (siehe die damalige UdSSR, das heutige China oder das Jugoslawien von Tito).

- Heute ist auf der Stufe der Schweiz das Bild düster und eindeutig: die Gewerkschaften stellen als solche keine Instrumente zur Verteidigung der Interessen der Lohnabhängigen mehr dar, sei es quantitativ – der SGB organisiert nicht einmal mehr 10% der erwerbstätigen Lohnabhängigen – oder qualitativ: die Gewerkschaften schlagen keine gesellschaftliche und politische Alternativen vor. Im besten Falle handelt es sich jeweils um ein „Pflästerli“, das die offizielle helvetische Linken jedoch als regelrechten chirurgischen Eingriff darstellt.

Schlimmer noch: Diese Organisationen und ihre Führungen beteiligen sich (als bürokratische Strukturen) oft an der Umsetzung einer „Modernisierungspolitik“ der Unternehmer, bei der es um nichts anderes geht als um die Öffnung neuer Investitionsfelder für das Kapital: Der Privatisierung geht dabei eine Rentabilisierung voraus, wie z.B. bei der Post (Schliessung von Poststellen, Personalabbau, Steigerung der Produktivität, Intensivierung der Arbeit usw.).

- Jemand wie Jospin oder Schröder anerkennt die Vorstellung von Margaret Thatcher (und von Hayek), wonach es keine mögliche Alternative zum Kapitalismus mehr gibt. Höchstens sollte man ihn ein bisschen regulieren, wobei nicht gesagt wird, wie das zu tun sei. Aber es kommt noch schlimmer: Während sie von Regulierung sprechen, räumen sie auf der politischen Ebene die letzten Schranken der Regulierung beiseite. Die Währungspolitik befindet sich in den Händen der Zentralbanken, die unabhängig von jeglicher demokratischen, ja selbst parlamentarischen Kontrolle agieren. Die grossen Unternehmen stürzen sich auf das Schlachtfeld der Konkurrenz – auf dem das Blut der Lohnabhängigen fliesst – und verwenden dabei sowohl die Instrumente der privaten Monopole (zur Festlegung von Preisen und Marktanteilen) als auch „Schläge unter die Gürtellinie“. Bush hat dafür erst kürzlich wieder ein Beispiel geliefert, als er unter dem Druck der riesigen US-Konzerne der Stahlindustrie 30-prozentige Importzölle auf Stahl erhob. Währenddessen müssen die wirtschaftlich zerschlagensten Länder ihre Märkte öffnen... für wettbewerbsfähigere Produkte aus den Zentrumsländern (OECD).

In der Schweiz haben sich die SPS und der SGB mit dieser allgemeinen Ausrichtung der Politik abgefunden. Sie agieren als *Junior partner* der Unternehmerschaft und der bürgerlichen Parteien: sie nehmen an „runden Tischen“ teil, halten den „Arbeitsfrieden“ aufrecht und verhandeln, ohne ein Kräfteverhältnis aufzubauen.... Vom Betrieb bis zur politischen Exekutiven setzt sich eine Art neo-korporatistisches Denken durch.

- Eine solche Ausrichtung hat sowohl ideologische als auch soziale Wurzeln (die Einbindung in so genannte Verantwortungsaufgaben erlaubt es, einige „Sozialdemokraten“ zum Preis eines Linsengerichts zu kaufen). Jene, die sich vom Erbe des Sozialismus verabschieden wollen, stellen in keiner Weise das unantastbare Recht auf Privateigentum an den grossen Produktions-, Verteilungs- und Kommunikationsmitteln – ein Angelpunkt dieses Systems – in Frage.

Die SPS muss heute als eine sozial-liberale Kraft betrachtet werden.

5. Sogar in der Schweiz wird das kapitalistische System erneut in Frage gestellt.

Das skizzierte Bild und die erwähnten Beispiele sollten uns nicht vergessen lassen, dass die Bedürfnisse und Gefühle der Lohnabhängigen, der Frauen (die vielfältige Formen der Unterdrückung und Ausbeutung erleben), der benachteiligten Sektoren (wie die MigrantInnen) und der sozial destabilisierten Schichten (wie die Kleinbauern) trotz allem nach Formen suchen, sich Ausdruck und Beachtung zu verschaffen.

Im Gegenteil konnten wir in den letzten Jahren Bewegungen von einiger Bedeutung miterleben, die einer sozialistischen Politik Sinn geben könnten. Es ist nützlich, an dieser Stelle einige von ihnen kurz in Erinnerung zu rufen:

- Die Protestbewegungen gegen die Privatisierungs- und Liberalisierungsprozesse im öffentlichen Sektor (Post, SBB, Elektrizität) haben – in Form von direkter Aktion oder bei Referendumsabstimmungen – sowohl die Beschäftigten als auch die BenutzerInnen dieses Sektors erfasst. Daraus hat sich eine erneuerte Diskussion über den Zweck der öffentlichen Dienste entwickelt: Sie werden als eine Institution betrachtet, die einen gleichberechtigten Zugang der gesamten Bevölkerung zu Dienstleistungen erlaubt, mit denen grundlegende soziale Bedürfnisse befriedigt werden. Der Zugang zum Service public soll also unabhängig von den sehr ungleich verteilten finanziellen Mitteln erfolgen.

- Heftige Reaktionen – in der Form von Petitionen und verstreuten Aktionen – haben sich gegen die endlosen Erhöhungen der Krankenkassenprämien und die offene Einrichtung einer Zweiklassenmedizin entwickelt, die durch den neuen Tarmed-Tarif weiter vorangetrieben wird (nur wer eine teure Zusatzversicherung hat, wird problemlos und schnell Zugang zu gewissen Leistungen haben). Eine Vorstellung, die dem gesunden Menschenverstand entspringt, gewinnt an Einfluss: In einem Land wie der Schweiz, das über grosse Reichtümer verfügt, kann ohne weiteres ein Gesundheitswesen eingerichtet werden, das die gesellschaftlichen Bedürfnisse besser befriedigt. Die übermässige Betonung der steigenden „Gesundheitskosten“, über die sich Rechte und Linke einig sind, ist ein Ablenkungsmanöver. Es dient vor allem der Rechtfertigung des gegenwärtigen Krankenkassensystems und einer Politik der sozialen Ungleichheit, welche durch die Pharma-Konzerne, die Gesundheitsbürokratie, eine Minderheit von Ärzten und den Bundesrat vorangetrieben wird. Diese Kollegialbehörde steht selbst unter Überwachung der Lobby der Krankenkassen und Privatversicherer.

- Im Gesundheitswesen haben sich verschiedene Protestbewegungen gegen die vorherrschende Politik entwickelt. Hier stechen insbesondere die Mobilisierungen des Spitalpersonals hervor, sei es auf kantonaler Ebene oder am nationalen Aktionstag vom 14. November 2001. Sie sind entweder im Rahmen der traditionellen Gewerkschaftsbewegung (VPOD-SSP) oder, wie z.B. in Zürich, ausserhalb dieser Strukturen entstanden. Diese Mobilisierungen (Streiks, Infostände vor den Spitälern, Kundgebungen auf der Strasse) sind auf deutliche Zustimmung der BenutzerInnen gestossen, woraus die Möglichkeit ersichtlich wird, eine gesellschaftliche Front für eine andere Gesundheitspolitik zu bilden.

- In den ehemaligen Bundesbetrieben (SBB, Post) steigt die Unzufriedenheit. Ein Beispiel dafür war kürzlich die Kampagne der SBB-Mechaniker, welche den Rücktritt von Verwaltungsratspräsident Lalive d'Épinay forderten. Dieser Rücktritt ist nicht erfolgt, während sich die Führung des SEV (Gewerkschaft des Eisenbahnsektors) vollständig aus ihrer Rolle zurückgezogen hat und diskreditiert ist. Die Unfähigkeit des SEV – oder genauer gesagt ihr Widerstand gegen jede Aktion der Lohnabhängigen – ist das Resultat einer organischen Verbindung zwischen den Leitungen des SEV und der SBB. Die Bereitschaft des Personals, aktiv zu werden und selbst zu handeln, ist da.

- Was die laufende Bewegung gegen die Flexibilisierung der Arbeitszeit und für die Pensionierung mit 60 Jahren auf dem Bau angeht, so wird die nationale Demo vom 16. März genauere Informationen über ihr Ausmass liefern. In mehreren Regionen haben die Lohnabhängigen allerdings schon klar ihre Absicht geäussert, keinen Kompromiss hinsichtlich des Rentenalters zu akzeptieren (zum Beispiel 62 Jahre statt der geforderten 60 Jahre). Ausserdem ist die Ablehnung der Flexibilität sehr tief verankert. Das hat einen einfachen Grund: Zum beschwerlichen Charakter der Arbeit, der in letzter Zeit auf Grund der Intensivierung der Arbeit zugenommen hat (weniger Arbeiter bewältigen ein steigendes Arbeitsvolumen), kommt ab dem 45. Altersjahr eine deutliche Verschlechterung des Gesundheitszustandes hinzu. Die meisten Bauarbeiter erreichen deshalb das Rentenalter gar nicht, sondern werden vorher „invalid“. Ähnliche Verhältnisse trifft man auch in anderen Sektoren an, zum Beispiel in der Agrar- und Ernährungsindustrie oder sogar bei der Eisenbahn und in der Druckindustrie, insbesondere wenn in drei Schichten rund um die Uhr gearbeitet wird.

Schliesslich sind die Erwartungen der Lohnabhängigen auf dem Bau – wie in den anderen Branchen – in Bezug auf tatsächliche Lohnerhöhungen hoch. Die Unternehmerschaft hingegen lehnt solche Forderungen ab und will ihre Systeme der Leistungsprämien und des individualisierten Lohns weiter entwickeln. Jeder Kompromiss der Führung der GBI oder der anderen Gewerkschaften in dieser Hinsicht wird die Diskreditierung der gewerkschaftlichen Apparate weiter verstärken und offen die Frage nach einer Gewerkschaft aufwerfen, welche ein nützliches und wirksames Instrument der Lohnabhängigen bei derart zentralen Anliegen wie dem Lohn und der Arbeitszeit ist.

- Der Protest gegen die Migrationspolitik der Bundes- und Kantonsbehörden hat durch die Entstehung der Bewegung der Papierlosen einen neuen Aufschwung erlebt. Diese Bewegung hat zum Beispiel durch die nationale Kundgebung vom 24. November 2001 aufgezeigt, dass es über das ganze Land verstreut Widerstand

gegen die diskriminierende Politik gibt, die der Bundesrat und die Kantonsregierungen umsetzen. Diese Politik dient seit jeher den Interessen jener Wirtschaftssektoren, die aus dem Reservoir einer ausserordentlich prekären Arbeitskraft schöpfen, die sich beinahe grenzenlos ausbeuten und verknechten lässt. Die Politik der Regierungen im Hinblick auf die Papierlosen und auf weitere Sektoren der Migration zielt auf eine Aufsplitterung der Lohnabhängigen in verschiedene Kategorien an Hand unterschiedlicher Aufenthaltsbewilligungen ab. Was dadurch erreicht werden soll, liegt auf der Hand: eine weitere Flexibilisierung des „Arbeitsmarktes“, ein Hindernis für mögliche gemeinsame Aktionen und Forderungen und ein Abbau aller Schutzbestimmungen, die eine kollektive Dimension aufweisen. Die Bewegung der Papierlosen hat – trotz ihrer Grenzen – zum ersten Mal auf eine neue Art und Weise die Möglichkeit aufgezeigt, gegen die fremdenfeindliche Politik der Behörden und jene von Blocher anzukämpfen. Sie hat den Zusammenhang hergestellt zwischen der Lage, in welche die Unternehmer und die Behörden die papierlosen Lohnabhängigen zwingen, und den Arbeits- und Lebensbedingungen von wachsenden Kreisen von prekären Lohnabhängigen und diskriminierten Frauen – oder gar RentnerInnen, die nach einem „arbeitsreichen Leben“ nicht einmal über ein würdiges Existenzminimum verfügen. Der Streik bei Micarna (von der Migros kontrolliertes Unternehmen mit Sitz in Fribourg) hat den Beweis erbracht, dass gesellschaftlich und wirtschaftlich destabilisierte Lohnabhängige, die dem Druck der Unternehmer ausserordentlich stark ausgesetzt sind, für ihre Würde zu kämpfen in der Lage sind. Die Enthüllung der unerträglichen Verhältnisse bei Micarna wirft ein neues Licht auf die Migros, die sich so gerne als vorbildliches Unternehmen präsentiert: Auch hier sind die Hüllen gefallen.

- Die Proteste gegen die kapitalistische Globalisierung äussern sich in Form einer grossen Vielfalt von Initiativen: ATTAC, NGOs wie die Erklärung von Bern, christliche Aktionsgruppen, Jubilee 2000 und CADTM (Kampagnen zur Streichung der Schulden der Länder des Südens), Anti-WTO-Koordination u.a. Alle diese Organisationen stellen unter verschiedenen Gesichtspunkten die Globalisierung des Kapitals mehr oder weniger grundsätzlich in Frage und beziehen Stellung: gegen die durch das WEF (World Economic Forum von Davos/New York) symbolisierte Politik; für eine andere internationale Handelspolitik als jene, die von der WTO und ihren Sponsoren (den transnationalen Konzernen) diktiert wird; gegen eine zunehmende Unterwerfung der Welt unter den Markt, der selbst das Wasser, die natürlichen Ressourcen und bald den menschlichen Körper erfasst; für eine „nachhaltige Entwicklung“ (eine Forderung, die zunächst dazu führen muss, die Produktionsprozesse zu hinterfragen und aufzudecken, dass sie völlig undemokratisch gestaltet und kontrolliert werden – was wiederum zur Frage leitet: Welche Ziele verfolgt diese privatisierte Kontrolle?); für die Streichung der Schulden der Länder des Südens und für eine Entwicklung, die den grundlegenden Bedürfnissen von hunderten Millionen besitzloser Menschen entspricht. In Wirklichkeit wird dadurch die Diskussion über den Imperialismus wieder auf die Tagesordnung gesetzt, über die Machtverhältnisse zwischen den herrschenden Klassen der Zentrumsländer und den Ländern und der Bevölkerung der Peripherie. Dies kann an verschiedenen Beispielen dargelegt werden. Die Unterstützung der argentinischen ArbeiterInnen macht beispielsweise eine erneuerte Klassensolidarität und einen Antiimperialismus erforderlich, der die spezifische Rolle des Schweizerischen Imperialismus innerhalb der „amerikanischen“ Weltordnung

aufzeigt. Auch bezüglich der Unterstützung der Forderungen der PalästinenserInnen muss die Rolle der Schweiz angeprangert werden. Die enge Zusammenarbeit zwischen Israel (als zionistischem Staat) und der Schweiz soll den von den hiesigen Eliten gepflegten historischen Antisemitismus und die Kollaboration mit dem Nazi-Regime vergessen machen. Diese besondere Staatenbeziehung muss aufgedeckt werden, wenn eine Unterstützungsbewegung die Heuchelei der imperialistischen Politik – die imperialistische Doppelmoral der „Verteidigung der Menschenrechte“ – verurteilen und den Kampf der palästinensischen Bevölkerung für ihre legitimen Rechte unterstützen will. So kann behutsam eine historische Friedensperspektive für die Region des Nahen Osten skizziert werden: Die Perspektive eines wirklichen Friedens, die sich letztendlich nur durch die Errichtung einer regionalen sozialistischen Föderation konkretisieren kann. Diese Föderation muss der Gesamtheit ihrer EinwohnerInnen (d.h. auch der niedergelassenen jüdischen Bevölkerung) das Recht garantieren, dort zu leben und an einer „sozialen Gerechtigkeit“ zu arbeiten, die sich auf die besten Traditionen des „kulturellen Dialogs“ stützt.

Die Wahrnehmung der brutalen Beziehungen zwischen dem Norden und dem Süden (oder dem Norden und dem Osten) durch neue, junge Generationen erklärt auch das Echo, auf das die Bewegung gegen den imperialistischen Krieg (den so genannten „Krieg gegen den Terrorismus“) stösst. Die GSoA ist ein wichtiger Bestandteil dieser Bewegung.

- Die Mobilisierungen der kleinen und mittleren Bauern ihre eine Antwort auf eine Agrarpolitik, die sie wie einen Schock erleben. Diese Politik liefert sie der Bürokratie der Europäischen Union (EU), den Grossunternehmen der Ernährungsindustrie und des Detailhandels sowie den industrialisierten Landwirtschaftsbetrieben aus, die in der WTO und in der EU über ein grosses Gewicht verfügen. Die Landwirtschaftspolitik des Bundes wird heute durch den Verweis auf die bilateralen Verträge gerechtfertigt und entspricht den Interessen der Banken und jener Sektoren der Industrie, die für einen grenzenlosen Freihandel eintreten. Im Namen der Wettbewerbsfähigkeit führt dies nicht nur zur Zerstörung der Existenzgrundlagen weiter Teile der Bauernschaft, sondern auch zum wirtschaftlichen Absterben ganzer Regionen, deren Bevölkerung als billige Arbeitskraft in Industrie und Dienstleistungen verschwinden wird. Ausserdem wird die Vernichtung eines wesentlichen Teils der Landwirtschaft in doppelter Hinsicht verheerende Auswirkungen auf die Umwelt haben. Zum einen ist es längst erwiesen, dass die „siegreiche“ hyper-produktivistische landwirtschaftliche Produktion stark umweltschädigend ist. Ausserdem wird die Abwanderung aus ganzen Gebieten verheerende Auswirkungen auf die Landschaft (und damit auf den Tourismus) wie auf die Böden (so genannte Naturkatastrophen) haben.

Diese Politik à la Couchevin – der mit den Bauern ähnlich umspringt wie mit den Beschäftigten des öffentlichen Sektors – muss bekämpft werden. Es ist möglich, zu diesem Zweck eine neue gesellschaftliche Front zwischen den Bauern – die sich deutlich gegen die Politik von Parteien wehren, welche sie früher zu vertreten vorgaben – und den Lohnabhängigen zu bilden, die sich für die Verteidigung des Service public (Schule, Gesundheitswesen, Post, Eisenbahn...) einsetzen. Die „sozialen Errungenschaften“ verkörpern den Respekt gegenüber den BenutzerInnen der öffentlichen Dienste, wie die Arbeit der Bauern das Streben nach hoher Qualität für die BenutzerInnen-KundInnen ausdrückt. Schliesslich werfen die Bauern grundlegende Fragen auf: Welche Kreditpolitik wollen wir (was im Grunde

genommen auch die Haltung der Banken in der Frage des Hypothekenzinses tangiert, mit dem sie den lohnabhängigen MieterInnen den Mietpreis diktieren)? Was soll mit der Verschuldung geschehen? Welche Zusammenarbeit soll unter Bauern entwickelt werden, um die notwendige Fortführung der Produktion in der Schweiz gewährleisten zu können? Wie kann man gegen die produktivistische Wettbewerbsfähigkeit ankämpfen, welche für die Menschen und die Umwelt so zerstörerische Folgen hat, und eine Alternative skizzieren, die den Bedürfnissen der Bauern und der lohnabhängigen KonsumentInnen entspricht? Wie können die Auswirkungen der liberalen Entschiede der EU und des Bundesrates bekämpft werden? Zum Beispiel indem der Status des landwirtschaftlichen Berggebiets für die Mehrheit der schweizerischen Landwirtschaft eingefordert wird, wodurch sich aufzeigen liesse, dass die Entschiede der Regierung und Brüssels in Frage gestellt werden können?

- Die Forderung nach gleichen Rechten für die Frauen verstärkt sich in vielfältigen Formen. Die Infragestellung des patriarchalen Systems und der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung, welche die Frauen faktisch und subjektiv „unterordnet“, hat breite Kreise der Bevölkerung erfasst. Daraus entwickeln sich Forderungen für eine wirkliche „Mutterschaftsversicherung“, für eine grössere Chancengleichheit im Bildungswesen, für die tatsächliche Lohngleichheit oder für verbesserte Möglichkeiten zur Kombination von Hausarbeit und Erwerbstätigkeit (die weiterhin eine Form der doppelten Ausbeutung der Frauen darstellt), zum Beispiel durch den Ausbau von Kinderkrippen.

- Schliesslich haben Diskussionen und Aktionen von Organisationen wie Greenpeace über GVO (gentechnisch veränderte Organismen) oder von Médecins sans frontières (MSF) über den Zugang der Bevölkerung der verarmten Länder zu Medikamenten dazu geführt, dass eine bedeutende Schicht der Bevölkerung aufgerüttelt wurde. Diese Schicht beginnt, die Legitimität der privaten Aneignung von Saatgut und von „zukünftiger Entdeckungen“, die für neue Therapien zentral sein können, in Frage zu stellen – auch wenn es von der Ankündigung von Forschungsergebnissen, die primär den Aktienkurs der Unternehmen in die Höhe treiben sollen, und den tatsächlichen Anwendungen noch ein weiter Weg ist. Die Probleme des „geistigen Eigentums“ und des „Privateigentums“ befinden sich dadurch von Neuem im Zentrum einer Diskussion über die Gesellschaft, die wir wollen. Dies lässt sich im Rahmen des kapitalistischen Systems nicht vermeiden.

Diese Beispiele zeigen, dass selbst in der Schweiz die Gesellschaft nicht „befriedet“ ist. In allen Sektoren der Gesellschaft gibt es nach wie vor sehr viele Frauen und Männer, welche die Herrschaft des Kapitals über die Arbeitsverhältnisse, die gesellschaftlichen und kulturellen Beziehungen, die Entwicklung der Wissenschaft (die ein öffentliches, allen gehörendes Erbgut sein sollte) und die Zukunft des Planeten nicht akzeptieren wollen.

Es sind Frauen und Männer unterschiedlichen Alters, die gegen all dies ankämpfen wollen. Am Arbeitsplatz und in ihren jeweiligen gesellschaftlichen Zusammenhängen versuchen sie, sich zu versammeln, zu diskutieren, Aktionen durchzuführen und Widerstand gegen den real existierenden Kapitalismus zu entwickeln. Dadurch werden Alternativen erkennbar.

- Diese Bewegungen, von denen einige zweifellos noch in den Kinderschuhen stecken, erkennen sich in der Formel „Eine andere Welt ist möglich!“ wieder. Sie denken dabei nicht an eine „andere Welt“, die nur eine Variante der gegenwärtigen in einem neu geschneiderten Gewand wäre. In Wirklichkeit entwickeln sich – mehr oder weniger bewusste – Forderungen, die von den alltäglichen Bedürfnissen, von einer intellektuellen sowie konkreten und radikalen (an die Wurzel der Probleme gehenden) praktischen Kritik dieses sozio-ökonomischen, politischen und kulturellen Systems ausgehen. Dieses System basiert immer mehr auf der privaten Aneignung von Produktionsmitteln und natürlichen Ressourcen sowie auf ihre Unterwerfung unter die Kriterien des privatisierten Profits. Die Ressourcen stehen wie nie zuvor unter der Verfügungsgewalt einer kleinen Zahl von Konzernen, die jeweils in einem oder zwei der von ihnen kontrollierten Bereiche eine strategische Rolle spielen können. Die Konzentration und die Zentralisation des Kapitals führen zu einer privaten Monopol- oder Oligopolmacht von historisch unerreichtem Ausmass. Dieser wirtschaftliche und institutionelle Mechanismus stellt die konkrete Verneinung und Zerstörung der Demokratie dar. Die Medien anerkennen diese Realität, wenn sie sagen: „Die Wirtschaft allein befiehlt.“ Allerdings vergessen sie zu sagen, dass sich hinter dem Begriff „Wirtschaft“ private Einzelkapitale mit Namen und Vornamen verstecken.

- Ein solches System schafft immer mehr Ungleichheit, hier und in einer Welt, in der hunderte von Millionen Menschen Hunger leiden. Es führt zum Beispiel dazu, dass Rentnerinnen im „helvetischen Paradies“ Monat für Monat Mühe haben, ihre Rechnungen zu begleichen; dass lohnabhängige Frauen 3'500 Franken monatlich netto verdienen und auf die Fürsorge angewiesen sind; dass Jugendliche nur eine prekäre Stelle finden oder ihre Fähigkeiten nicht anerkannt werden, während das Schulsystem der sozialen Selektion dient, die den Anforderungen der Unternehmerschaft entspricht; dass die Rechtsgleichheit aller in der Schweiz Arbeitenden mit Füßen getreten wird; dass MieterInnen Immobilienverwalter oder –besitzer fürchten; dass viele Lohnabhängige aus Angst vor Entlassungen am Arbeitsplatz nicht zu sagen wagen, was sie denken...

Diese „simplen“ Beispiele zeigen schon, dass zwischen dem Kapitalismus und dem Markt auf der einen, und einer realen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Demokratie auf der anderen Seite kein positiver Zusammenhang besteht – falls Demokratie die tatsächliche, von der Bevölkerung ausgeübte Macht über die grundlegenden gesellschaftlichen Entscheide und Alternativen bedeuten soll.

Diese Entscheide bestimmen die gemeinsame Zukunft, denn sie sind nicht nur für die heutigen Generationen von grosser Bedeutung, sondern auch für die kommenden. Diese Zukunft wollen wir gemeinsam entwickeln – und nicht den „Zwängen der globalisierten Märkte“ überlassen.

6. Eine *Bewegung für den Sozialismus* (BFS) stellt eine logische und physiologische Notwendigkeit dar!

Heute stehen wir vor einem doppelten Erfordernis. Auf der einen Seite beginnen immer mehr Menschen zu verstehen, dass sie über (demokratisch kontrollierbare) Mittel verfügen müssten, um ihrer Würde bei der Arbeit und in der Gesellschaft

Geltung zu verschaffen und um die sich entwickelnde Gesellschaft „von innen“ kontrollieren zu können. Dies in einer Zeit, in der die Herrschaft des Kapitals über alle Aspekte des gesellschaftlichen Lebens und seine verschiedenen konkreten und symbolischen Einrichtungen so stark ist wie nie zuvor. Auf der anderen Seite verspüren mehr und mehr Menschen das Bedürfnis, besser zu verstehen, „was in der Welt geschieht“: Wer beherrscht die Erde, diese Wirtschaft wirklich? Was passiert hinter dem Schattenspiel, das uns in den Medien oft als die echte Wirklichkeit präsentieren? Welche Alternativen zu diesem System sind denkbar? Sind sie möglich und machbar?

1. Der Widerstand ist absolut notwendig, reicht aber nicht aus. Es muss eine kollektive und kritische Reflexion und Praxis entwickelt werden, die zur Ausarbeitung und zum Aufbau von Alternativen zum kapitalistischen System beitragen können und zu diesem Zweck auf die – praktische und intellektuelle – Intelligenz der Lohnabhängigen bauen. Das heisst auf die Intelligenz jener, die – manchmal ohne es zu wissen – diese Welt herstellen, deren Konturen durch die Interessen einer kleinen Minderheit vorgegeben werden.

Diese Welt muss der Mehrheit gehören und darf nicht zum Privateigentum einer kleinen Minderheit werden. Diese Minderheit denkt nur an ihre eigenen Interessen. Dies hindert sie allerdings nicht daran, einen allgemeinen Diskurs zu entwickeln, der zur Täuschung der Lohnabhängigen vorgibt, ihre Privatinteressen seien jene der ganzen „Schweiz“ (für sie besteht diese nur aus der „Schweiz AG). Diesem Zweck dienen die *Weissbücher* à la Schmidheiny und die Publikationen der Propaganda-Stiftungen. Unter ihnen ist die schnittige Stiftung *Zukunft Schweiz* besonders hervorzuheben, die von der Schweizerischen Rück, der Vereinigung der Genfer Privatbanquiers, Swissair (!), Nestlé (mit seinem Chef Brabeck, der Bush als ein Weichei bezeichnet!), ABB, Zürich Financial Services (trotz mangelhafter Resultate), Roche, McKinsey, Credit Suisse Group (deren CEO Lukas Mühlemann seine Fähigkeiten bei der Swissair und bei der Kapitalflucht aus Argentinien unter Beweis gestellt hat), UBS, Sulzer und Novartis finanziert und unterstützt wird. Geleitet wird die Stiftung von bekehrten ehemaligen „Persönlichkeiten der Linken“ wie Thomas Held (Zürich) und Xavier Comtesse (Genf), mit Unterstützung der akademischen Söldner des Kapitals (unter ihnen der Ideologe des Politbüros des schweizerischen Kapitalismus, Professor Dr. Heinz Hauser von der Universität St. Gallen, seines Zeichens Doktor in der Wissenschaft der Weissbücher und anderer bescheidener Schriften im Dienste der Unternehmerschaft). Die Stiftung *Zukunft Schweiz* wird ihre Botschaft mit mehr oder weniger Fingerspitzengefühl in den Medien, an den Universitäten und unter Fachleuten zu verbreiten versuchen. Zu diesem Zweck wird sie zu den Mitteln der Vereinnahmung, der „höflichen“ Einladung und der mehr oder weniger offenen Bestechung greifen. In der Öffentlichkeit umworben zu werden, ist für die zahlreichen KarrieristInnen in den Rängen der Pseudo-Linken von unschätzbarem Wert.

2. Die erneut erhobene Forderung nach einer sozialistischen und demokratischen Reflexion und Praxis ist zu Beginn dieses Jahrtausends nicht zu überhören, selbst wenn sie oft noch unklare Formen annimmt. Dies mag viele zufriedene Dummköpfe überraschen, die der Meinung waren, der Kapitalismus habe ein für alle Mal die Idee einer egalitären, demokratischen und – sowohl auf regionaler wie kontinentaler Ebene – lebenswerten Gesellschaft begraben. Doch der Kapitalismus setzt durch

seine eigene Funktionsweise und seine besondere Art der Barbarei den Sozialismus selbst wieder auf die Tagesordnung. Dabei handelt es sich ohne Zweifel um einen Sozialismus, der noch entwickelt werden muss.

Die Aktualisierung des Sozialismus ist die Aufgabe, die sich die *Bewegung für den Sozialismus* (BFS) stellt – in ihren Aktionen, ihrer Presse, ihren öffentlichen Debatten, ihren Seminaren, in den Aktivitäten ihrer Mitglieder am Arbeitsplatz (in den Betrieben, an der Universität oder im Büro), in den lebendigen Inseln der Gewerkschaftsbewegung, in den Organisationen für gleiche Rechte für alle, die in der Schweiz leben und arbeiten...

Es ist also notwendig, ein politisches Projekt auf nationaler Ebene zu entwickeln, das auf den Aufbau einer neuen Bewegung der Lohnabhängigen abzielt. Dabei muss die historische Ausdehnung der Klasse der Lohnabhängigen berücksichtigt werden, in deren Mitte heute intellektuelle und manuelle Arbeitskraft eng zusammenarbeiten. Diese Produktion könnte anders entworfen und organisiert werden. Sie könnte auf die gesellschaftlichen und individuellen Bedürfnisse einer Bevölkerung ausgerichtet werden, die ihre eigene Entwicklung beherrschen würde. Die BFS wird mit dem Ziel gegründet, eine solche vergesellschaftete Produktion anzustreben.

3. Die BFS will also erneut die Diskussion und Praxis einer sozialistischen und demokratischen Politik auf die Tagesordnung setzen. Darunter verstehen wir eine Perspektive, die sich grundlegend von den zwei „historischen“ Erfahrungen der ArbeiterInnenbewegung unterscheidet: (a) sowohl von der sozialdemokratischen Tradition (mit der ihre heutigen VerantwortungsträgerInnen im Übrigen nicht mehr viel zu tun haben), die sich in einer Vielzahl kleiner Ausflüchte und Verzichte verstrickt hat, was zu Anpassungen führte, auf Grund derer die Sozialdemokratie zu einer Vertrauenspartnerin des Kapitals geworden ist (sofern ihm dies überhaupt notwendig ist, in einem Land wie der Schweiz!); (b) als auch von den stalinistischen Strömungen, vertreten durch die so genannten „kommunistischen“ Parteien, welche die Spuren ihrer Vergangenheit zu verwischen versuchen, entweder praktisch verschwinden oder sich der Sozialdemokratie anschliessen und sich dabei in kantonale oder kommunale Staatsapparate eingliedern (sofern ihnen dies gelingt, wie in Genf im Rahmen der Linksallianz).

Diese zwei Traditionen sind Ausdruck einer historischen Phase, die von Ende der 1880er Jahre bis in die 1980er Jahre gedauert hat. Wir betrachten diese Phase als beendet, auch wenn die sozialdemokratischen und stalinistischen Erblasten weiterhin üble Zwischenformen hervorbringen können.

Die BFS versteht sich als Teil eines Internationalismus, eines Antikapitalismus und eines Antiimperialismus zur Schaffung einer sozialistischen und demokratischen Alternative zum real existierenden Kapitalismus – in seiner Konstanz sowie in seinen veränderlichen Erscheinungsformen. Dies bedingt eine gewaltige Anstrengung zur kritischen (Selbst-) Reflexion.

Eine solche Ausarbeitung muss aus den Erfahrungen von Kämpfen auf internationaler Ebene schöpfen, ohne der Gefahr irreführender Analogien zu erliegen. Sie muss in Zusammenarbeit mit all jenen geschehen, die sich auf dieser Welt auf vernünftige und kreative Art – und nicht überstürzt oder mit trendigen Slogans – dieselben Fragen stellen wie wir. Gleichzeitig wird sich die BFS mit dem Gedankengut der kritischen radikalen DenkerInnen auseinandersetzen, zu denen Marx, Rosa Luxemburg, Trotzki, Antonio Gramsci, Karl Korsch, Ernst Bloch und viele andere zählen.

Ausserdem werden die Praxis und die theoretische Arbeit der BFS auf den Erfahrungen ihrer Teilnahme an der Bewegung gegen die kapitalistische Globalisierung und an den Kämpfen der Lohnabhängigen in Europa und weltweit aufbauen. Diese Kämpfe sind in vielen Fällen mit dem verknüpft, was ein Teil der Lohnabhängigen in der Schweiz erlebt, vor allem wenn es sich um KurdInnen, TürkInnen, ex-JugoslawInnen, TamilInnen oder „politische Flüchtlinge“ aus Lateinamerika (Chile, Ecuador, Kolumbien, Argentinien) handelt.

Die BFS versteht ihre Aktivitäten nicht nur als Teil der Kämpfe der Lohnabhängigen und der sozialen Bewegungen Europas (EU), sondern auch als aktive Unterstützung der Bevölkerung und der Lohnabhängigen in den Ländern des Südens, die von den imperialistischen Mächten angegriffen werden, zu denen die imperialistische Schweiz wirtschaftlich und politisch zählt. Die Mitarbeit von VertreterInnen der herrschenden Klasse der Schweiz im IWF, in der Weltbank, in der UNO und tendenziell in der NATO zeigt dies mit unübertrefflicher Klarheit. Dasselbe gilt für die Manöver der „Politik der guten Dienste“, bei der die – schweizerischen, deutschen, französischen oder amerikanischen... – Wirtschaftsinteressen der „Mächtigen“ nie weit vom „Verhandlungstisch“ entfernt sind, den ein helvetischer oder scheinbar neutraler Diplomat gedeckt hat. Die BFS betrachtet ihre Beteiligung an der Bewegung gegen die kapitalistische Globalisierung oder am Kampf der Papierlosen, um an dieser Stelle zwei Beispiele aufzugreifen, auch unter diesem Gesichtspunkt.

4. Auf einige grundlegende Fragestellungen sind seit einiger Zeit erste Elemente einer Antwort skizziert worden. Sie sind unter anderem in der Presse zu finden, die unser Projekt begleitet: in der alle zwei Wochen erscheinenden Zeitung *Solidarietà*, in der Monatszeitschrift *à l'encontre* (www.alencontre.org) und bald schon in der deutschsprachigen Zeitschrift *Debatte* (www.debatte.ch).

Doch liegt es auf der Hand, dass eine *Bewegung für den Sozialismus* nicht darum herum kommt, eine vertiefte und aufwändige öffentliche Diskussion über folgende Themen zu eröffnen: (a) der Sinn einer sozialisierten Wirtschaft, das heisst einer Wirtschaft, in der die wichtigsten Produktionsmittel nicht verstaatlicht, sondern vergesellschaftet werden; (b) die Beziehung zwischen Vergesellschaftung und Demokratie in all ihren (politischen, juristischen, sozialen, kulturellen) Aspekten; (c) das Verhältnis zwischen Befreiung von der Arbeit und Wiederaneignung der Arbeit (Aneignung der Arbeitsbedingungen wie Arbeitszeit, Entscheidungskompetenzen und Kreativität) durch die kollektiven ArbeiterInnen (all jene, die bereits heute für die Konzeption, Planung, Entwicklung, Herstellung von Gütern und Dienstleistungen auf internationaler Ebene zusammenarbeiten); (d) das Verhältnis zwischen Vergesellschaftung, Wiederaneignung der Arbeit und Emanzipation der Frauen – was den Kampf für eine Gleichheit bedeutet, die bereits über sich selbst hinausweist und die Grundlage für neue, reichere Beziehungen zwischen den Geschlechtern bildet; (e) die Beziehung zwischen Vergesellschaftung und langfristig ausgerichteter Schonung der Energieressourcen – damit werden für eine ökologische und sozialistische Politik die Fragen der Alternativen zu den fossilen Brennstoffen (Erdöl, Kohle u.a.) und des Privateigentums in Bezug auf Produktionsmethoden und Produkte zentral; (f) das Verhältnis zwischen Vergesellschaftung, Befreiung von Entfremdung und Umgang der Menschen mit Konsumgütern (Ernährung u.a.), Dienstleistungen (Gesundheitsdienste, Schule usw.) und dauerhaften Gütern (die so ungleich verteilt sind und von denen einige lebensnotwendig sind) – hier stellt sich wieder die Frage der langfristigen Verwaltung der Ressourcen des Planeten: damit hängen

insbesondere der Privatverkehr (Autoherstellung), aber auch der Wohnungsbau, die Art der Landwirtschaft, der Wasserverbrauch usw. zusammen; die Gestaltung der materiellen Lebensbedingungen (mit dazugehörigem Konsumverhalten) kann nicht unabhängig von den Beziehungen der Menschen zur Arbeit verstanden werden, und auch die zwischenmenschlichen Beziehungen (ein Zusammensein der Menschen, dass nicht durch den Wettbewerb zerstört würde) haben grossen Einfluss auf Konsum und Ressourcen; (g) den Zusammenhang zwischen Vergesellschaftung, demokratischen Institutionen auf weltweiter Ebene und Beziehungen der entwickelten Länder zu einer Peripherie, die seit Jahrhunderten ausgeraubt und ausgebeutet wird.

Dieses Programm mag ehrgeizig erscheinen, doch entspricht es den Anforderungen der heutigen Situation. Die erwähnten Fragestellungen liegen nicht zufällig an allen internationalen Treffen von GewerkschafterInnen, Frauen, NGOs, am Weltsozialforum (WSF) von Porto Alegre und in Argentinien in der Luft.

Eine *Bewegung für den Sozialismus* kann sich nicht auf die Schweiz oder auf einen Kanton beschränken: Wir müssen die zwei Enden der geographischen Kette, die Schweiz und die Welt, miteinander verbinden, ohne dabei das Zwischenstück zu vergessen, welches in unserem Falle Europa darstellt.

5. Die BFS ist der Meinung, dass es notwendig ist, in der Schweiz wieder eine Klassengewerkschaft aufzubauen, das heisst eine Gewerkschaftsarbeit, deren Daseinsberechtigung im grundsätzlichen Konflikt zwischen Arbeit und Kapital, zwischen den Lohnabhängigen und der Unternehmerschaft liegt. Nur wenn von dieser, dem Klassenkampf zu Grunde liegenden Realität ausgegangen wird, ist es möglich, eine Gewerkschaftsarbeit voranzutreiben, die wirklich mit der Lage, den Sorgen und den Bedürfnissen der Lohnabhängigen im Einklang steht. Nur auf diese Weise kann wieder ein Netzwerk von gewerkschaftlichen Aktivitäten und Formen der Solidarität am Arbeitsplatz aufgebaut werden. Und nur in dieser Perspektive wird es endlich möglich sein, eine Gewerkschaftsarbeit zu entwickeln, die dazu in der Lage ist, alle Aspekte des gesellschaftlichen Lebens der Lohnabhängigen einzubeziehen. Dadurch kann die Gewerkschaft zu einer tatsächlichen sozialen Bewegung werden, die sich auf den Zusammenschluss der Lohnabhängigen stützt und ihre geschlechtsspezifischen (Frauen/Männer) und nationalen Unterschiede (MigrantInnen / SchweizerInnen) integriert.

In dieser Hinsicht wird die BFS all jene Initiativen unterstützen und hervorheben, durch welche die Lohnabhängigen ihr eigenes Schicksal selbst in die Hand nehmen. Letztlich muss die Gewerkschaftsarbeit dazu dienen, dass die Lohnabhängigen ihre eigene Entscheidungsfähigkeit, Intelligenz und Würde erfahren können. In diesem Sinne muss die Gewerkschaft der Rückeroberung der Fähigkeit dienen, den verschiedenen Formen der kapitalistischen Ausbeutung und Unterdrückung die Stirn zu bieten... So werden GewerkschafterInnen weniger in einer abwartenden Haltung gegenüber der Gewerkschaft verharren, sondern stärker auf ihre eigene Kraft zählen. Und die Gewerkschaftsmitglieder werden mehr von einer Gewerkschaft verlangen können, die wirklich zu ihrem eigenen Instrument werden muss. Die Gewerkschaftsführung muss der tatsächlichen Kontrolle durch die Mitglieder unterstellt werden.

6. Die BFS wird in der Folge ihrer im Juni stattfindenden vor-konstituierenden Versammlung eine Plattform und einen ersten Programmentwurf präsentieren. Die

Ausarbeitung eines eigentlichen Programms zählt zu ihren wichtigsten Aufgaben in den nächsten Jahren. Das Voranschreiten dieser Arbeit wird zum Teil von der Entwicklung der Kämpfe und der gesellschaftlichen und politischen Kräfteverhältnisse abhängig sein. Zusätzlich zu den schon erwähnten Themen wird die BFS zu folgenden zentralen Punkten Elemente einer den Bedürfnissen der Lohnabhängigen dieses Landes entsprechenden Politik zu skizzieren versuchen: Altersvorsorge (Fusion der 1. und 2. Säule); eine soziale Krankenversicherung und eine tief greifende Reform des Gesundheitswesens; Kernelemente eines Arbeitsgesetzbuches, das grundlegende Rechte im Betrieb sichert; Neu-Gründung eines wirklichen Service public im Rahmen eines europaweiten Projekts; ein auf allen Stufen mit der Politik der Selektion und der Privatisierung brechendes Bildungswesen; eine radikale Steuerreform, die auf europäischer Ebene ausgearbeitet werden muss; eine kollektive Regularisierung der Papierlosen und eine Politik der Integration der MigrantInnen in ein zu entwickelndes Kollektiv von Lohnabhängigen, statt einer Integration in die „Werte des helvetischen Konsenses“, die jeden Klassenkonflikt im Keime zu ersticken versuchen ...

Genf, Lausanne, Zürich, Bellinzona, 11. März 2002

INFOS UND KONTAKT :

Die *Bewegung für den Sozialismus* (BFS) zählt auf eure Unterstützung und aktive Teilnahme am Aufbau einer neuen sozialistischen und demokratischen Linken.

Für Informationen und Kontakte wendet ihr euch an eine der folgenden Adressen:

BFS, Postfach 2002, 4001 Basel, bfs-bs@bluewin.ch

MPS, casella postale 2320, 6501 Bellinzona, mps-ti@bluewin.ch

BFS, Postfach 129, 3000 Bern 23, bfs-be@bluewin.ch

BFS-MPS, case postale 961, 1701 Fribourg, 079-355 9238

MPS, case postale 209, 1211 Genève, mps-ge@bluewin.ch

MPS, case postale 120, 1000 Lausanne 20, mps-vd@fastnet.ch

MPS, case postale 2218, 1950 Sion, mpsvs@hotmail.com

BFS, Postfach 8707, 8036 Zürich, bfs-zh@bluewin.ch

Konsultiert die Webseiten unserer Zeitschriften:

www.debatte.ch

www.alencontre.org